

Wirtschaftstag des CDU-Wirtschaftsrats

# „Leistung muss sich wieder lohnen“

Von RALF OSTERMANN

Berlin (gl). Nicht nur führende CDU-Politiker, auch die beim Wirtschaftstag in Berlin versammelten Wirtschaftslenker sind sich einig: Das Land braucht einen neuen Aufbruch, braucht Zuversicht. Die schwarz-rote Bundesregierung muss deshalb schnell ins Handeln kommen. Wie ein roter Faden zieht sich diese Aussage durch die hochkarätige Veranstaltung des CDU-nahen Wirtschaftsrats.

Den Anfang macht am Dienstag CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Was aus Sicht des Paderborners gar nicht geht, ist „dass diese Bundesregierung in Grund und Boden geredet wird, obwohl

sie noch gar nicht zu regieren angefangen hat“. Linnemann sieht beste Voraussetzungen, die Wende zum Besseren hinzubekommen. In zentralen Punkten wie Begrenzung der illegalen Migration, Stärkung des Wirtschaftsstandorts und der Reform des Bürgergelds gebe es zwischen Union und SPD keinen Dissens, versichert er. Aber die Nörgelei müsse aufhören. „Wir brauchen Zuversicht und Optimismus“, appelliert der 47-Jährige.

Sein Parteifreund, Kanzleramtschef Thorsten Frei, knüpft daran an. „Es liegt an uns allen“, sagt er. Die Regierung werde alles tun, um Deutschland auf den Wachstumspfad zurückzuführen. Um das zu erreichen, müsse sich „Leistung wieder lohnen“. Der enge Vertraute

von Bundeskanzler Friedrich Merz skizziert dafür geplante Maßnahmen wie Turboabschreibungen, die Senkung der Netzentgelte und der Stromsteuer sowie eine Umstellung von einer Tages- auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit. Während in Deutschland beispielsweise jährlich durchschnittlich 1354 Stunden gearbeitet werde, seien es in der Schweiz 200 Stunden mehr, so der CDU-Politiker. Da dürfe man sich über mehr Wohlstand jenseits der Grenze nicht wundern.

Frei spricht sich des Weiteren für eine bessere Förderung von Start-up-Unternehmen, die Straffung von Planungs- und Genehmigungsprozessen – in Deutschland gibt es nach seinen Worten heute allein 20 000 Bauvorschriften – und

generell für den Abbau von Bürokratie aus. Bereits in den nächsten 70 Tagen, so der Kanzleramtsminister, werde die Bundesregierung eine Reihe von entsprechenden Gesetzen auf den Weg bringen.

Die Bürger sollten in vier Jahren wieder stolz auf ein Land sein dürfen, das funktioniert und leistungsfähig ist. Diesem Ziel schließen sich Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing und Lufthansa-Vorstand Carsten Spohr an. Letzterer wünscht sich wie Linnemann mehr Zuversicht. Ganz im Sinne seines Unternehmens empfiehlt Spohr, doch einmal mit der Lufthansa ins Ausland zu fliegen und sich dort umzuschauen. Dann werde man meist feststellen: „So schlecht ist es hier bei uns gar nicht.“



## Klares Signal für Aufbruch senden

Von RALF OSTERMANN

Berlin (gl). Welche Erwartungen hat die Wirtschaft an die neue Bundesregierung? Darüber sprach „Die Glocke“ im Vorfeld des Wirtschaftstags des CDU-Wirtschaftsrats mit dessen Präsidentin Astrid Hamker.

„Die Glocke“: Mit Friedrich Merz ist Ihr Wunsch Kandidat Kanzler geworden. Was sollte er als Erstes angehen?

Hamker: Friedrich Merz muss jetzt schnell zeigen, dass sich etwas bewegt. Deutschland braucht neue Zuversicht. Dazu gehört, gezielt Investitionsanreize zu setzen. Die geplanten Sonderabschreibungen können dazu ein erster Schritt sein. Es ist jetzt wichtig, die im Koalitionsvertrag angekündigten Reformen auch konsequent umzusetzen und ein klares Signal für Aufbruch und wirtschaftliche Erneuerung zu senden.

„Die Glocke“: Katherina Reiche ist die neue Wirtschaftsministerin. Eine gute Wahl?

Hamker: Katherina Reiche kombiniert politische Erfahrung mit Management-Kenntnissen aus der wirtschaftlichen Praxis. Das sind sehr gute Voraussetzungen.

„Die Glocke“: Blicken wir auf die wirtschaftspolitischen Vorhaben des Koalitionsvertrags. Was hat Sie besonders gefreut?

Hamker: Wir begrüßen beispielsweise, dass Transferempfänger künftig stärker gefördert werden sollen und die Wochenarbeitszeit flexibilisiert wird. Auch das klare Bekenntnis zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften, schnelleren Planungsverfahren für Industrieanlagen und die geplanten Entlastungen bei Stromsteuer und Netzentgelten sind Schritte in die richtige Richtung.

„Die Glocke“: Und wo ist die Koalition hinter Ihren Erwartungen zurückgeblieben?

Hamker: In der Rentenpolitik führen die Ausweitung der Mütterrente und die Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent zu erheblichen Zusatzbelastungen. Dabei steht die gesetzli-

che Rentenversicherung durch den demografischen Wandel ohnehin unter Druck. Auch die fehlende Berücksichtigung der Kernenergie als kostengünstiger und klimafreundlicher Versorgungsstrang ist eine verpasste Chance. Und schließlich sehen wir die avisierte Mindestlohnerhöhung kritisch: Sie untergräbt die Tarifautonomie und erhöht die Arbeitskosten weiter.

„Die Glocke“: Was schlagen Sie vor, um das Rentensystem zukunftsfähig zu machen?

Hamker: Damit das Rentensystem langfristig tragfähig bleibt, müssen wir auch unbequeme Reformen anpacken. Dazu gehört angesichts der deutlich gestiegenen Lebenserwartung eine schrittweise Erhöhung der Regelaltersgrenze ebenso wie eine stärkere private Vorsorge. Auch Anreize für längeres Arbeiten müssen stärker in den Mittelpunkt rücken.

„Die Glocke“: Der Körperschaftsteuersatz für Unternehmen soll erst ab 2028 sinken. Wie bewerten Sie das?

Hamker: Die geplante Senkung der Körperschaftsteuer um fünf Prozentpunkte ab 2028 ist grundsätzlich erfreulich. Für langfristige Investitionsentscheidungen ist das ein wichtiger Schritt. Aber: 2028 ist angesichts der akuten Standorts- und Wettbewerbsfähigkeitskrise tatsächlich sehr spät. Wir hätten uns hier ein früheres, verlässliches Signal an die Unternehmen gewünscht.

„Die Glocke“: Glauben Sie, dass die angekündigten Maßnahmen ausreichen, um Deutschlands Wirtschaft – allen voran den Mittelstand – wieder in Schwung zu bringen?

Hamker: Vor allem brauchen wir jetzt eine stabile und handlungsfähige Regierung. Deutschland muss zurück in eine Rolle, in der sich die Politik darauf konzentriert, für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit den richtigen Rahmen zu setzen. Der Koalitionsvertrag enthält wichtige Ansätze, aber der notwendige Kurswechsel muss über die Summe von Einzelmaßnahmen hinausgehen. Es braucht vielmehr einen neuen Geist, der Lust auf Zukunft macht und Leistung und Anstrengung wieder belohnt.

## Zitate

„Wir müssen anerkennen, dass der Strom allein aus erneuerbaren Quellen keine günstige Stromversorgung, schon gar nicht für energieintensive Unternehmen erreicht. Wir brauchen neue Gaskraftwerke.“

Katherina Reiche, Bundeswirtschaftsministerin (CDU)

„Die CDU ist keine Begleitband des Kanzleramts. Sie muss eigene Stücke komponieren.“

Carsten Linnemann, CDU-Generalsekretär

„Es steckt wahnsinnig viel in uns, aber es muss wieder wachgeküsst werden.“

Dr. Gernot Döllner, Vorsitzender des Vorstands bei Audi

„Lassen Sie uns doch alle wieder stolz darauf sein, in Deutschland zu leben.“

Christian Sewing, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank

## Stichwort

### Wirtschaftsrat

Der „Wirtschaftsrat der CDU“ wurde 1963 in Berlin gegründet. In Anlehnung an den Wirtschaftsbeirat der Union wurde der eingetragene Verein als „Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis“ ins Leben gerufen. Er hat heute mehr als 12 000 Mitglieder und versteht sich als Plattform zur Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. Präsidentin ist die Niedersächsische Astrid Hamker (58). Sie wurde am Montag in ihrem Amt bestätigt. (osi)



Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU) hat sich am Dienstag beim Wirtschaftstag in Berlin zuversichtlich gezeigt, dass Deutschland bald auf den Wachstumspfad zurückkehren wird. Foto: Hans-Christian Plambeck

## Intakte Wirtschaft stärkt Demokratie

Berlin (osi). Sich auf den Kern der sozialen Marktwirtschaft besinnen – dafür wirbt Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) beim Wirtschaftstag. Es sei ein Irrglaube, dass ein Mehr an Transferleistungen immer mehr sozialen Zusammenhalt bewirke, betont die zweithöchste Repräsentantin des Staates. Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) habe mal gesagt, dass bei einer Staatsquote von 50 Prozent

der Sozialismus beginne. Klöckner: „Heute sind wir bei 49,7 Prozent.“ Statt mehr soziale Wohltaten auszuschütten, müsse der zu verteilende Kuchen insgesamt wieder größer werden, mahnt die 52-Jährige.

Dass das Vertrauen in die Demokratie nachlasse, hat aus ihrer Sicht mit der Krise der Wirtschaft zu tun. Wenn daher Bürokratie abgebaut, freieres Wirtschaften ermöglicht und das Aufstiegsver-

sprechen eingelöst werde, dann stärke das nicht nur die soziale Marktwirtschaft, es stabilisiere zudem die Demokratie.

Zurzeit sei es allerdings so, dass „andere Länder uns bei der Modernisierung meilenweit voraus“ sind, räumt Klöckner ein. Sie weiß, dass keine Zeit zu verlieren ist: „Wir müssen diese Legislaturperiode nutzen, um wieder Anschluss an die Weltspitze zu bekommen.“

Besuch in Saudi-Arabien

## Wirtschaftsgeschäfte und Pomp prägen Trumps Nahost-Reise

Riad (dpa). Der Kronprinz fährt alles Erdenkliche auf für den US-Präsidenten. Eskorte mit Jets in der Luft, Eskorte mit Pferden am Boden, militärische Ehren, Begrüßung durch Dutzende Würdenträger, ein opulenter Empfang im königlichen Palast und ein Staatsbankett. Der saudische Thronwächter Mohammed bin Salman, auch bekannt als „MBS“, nimmt US-Präsident Donald Trump am Flughafen von Riad persönlich in Empfang. Trump hat ein Faible für Glanz und Glamour dieser Art.

Es gab eine Zeit, in der „MBS“ wegen der Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi international im Abseits stand und die Beziehungen nach Amerika unterkühlt waren. Doch Trump und der Kronprinz demonstrieren, dass das lange vorbei ist. „Ich glaube, wir mögen einander

sehr“, sagt Trump über die Beziehung zum Prinzen, den er als „weise“ lobt. Der Kronprinz ist mit 39 Jahren halb so alt wie der 78-jährige Trump.

Trump's Reise durch den Nahen Osten – erst Saudi-Arabien, dann Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate – fällt in die Zeit des Gaza-Kriegs und anderer Konflikte in der Region. Im Fokus stehen aber Wirtschaftsdeals, die zeigen, welche Rolle Geld in der Außenpolitik des US-Präsidenten spielt. Trump ist mit Kabinettsmitgliedern und einer ganzen Heerschar von CEOs angereist – darunter Tech-Milliardär Elon Musk und andere Schwergewichte aus der Wirtschaft, um große Investitionsdeals zu besiegeln.

Trump hatte bereits in seiner ersten Amtszeit ein Zeichen gesetzt, als er nach seiner Amtsübernahme

im Januar 2017 als erstes Land überhaupt Saudi-Arabien besuchte – im Gegenzug für gewaltige Investitionen der Saudis in den USA. Nach dem Start in seine zweite Amtszeit kokettierte er ungeniert damit, er werde den Saudis wieder die Ehre des ersten Besuchs erweisen, sofern sie bereit seien, eine Billion Dollar in den USA zu investieren. Mehrere große Wirtschaftsdeals, darunter das Rüstungsgeschäft, kamen daher nicht überraschend.

Investitionen von 600 Milliarden Dollar in den USA über vier Jahre hat der Kronprinz vorab angekündigt, die Emirate haben über zehn Jahre sogar 1,4 Billionen Dollar zugesagt. Die beiden Länder wie auch Katar dürften darum wetteifern, wer von ihnen Trump den prunkvollsten Empfang bereiten kann.



US-Präsident Donald Trump (l.) betonte bei seinem Besuch in Riad die guten Beziehungen zum saudischen Kronprinz Mohammed bin Salman: „Ich glaube, wir mögen einander sehr“, sagt Trump. Foto: dpa

Ankündigung

## USA beenden Syrien-Sanktionen

Riad (dpa). Die USA wollen nach Aussagen von Präsident Donald Trump die Sanktionen gegen Syrien aufheben. „Ich werde anordnen, die Sanktionen gegen Syrien aufzuheben, um dem Land eine Chance zu geben, großartig zu werden“, sagte Trump in der saudischen Hauptstadt Riad. Trump wünschte dem Land viel Glück – „zeigt uns etwas ganz Besonderes“. Zuvor hatte die US-Regierung mitgeteilt, dass sich Trump außerdem zu einem Treffen mit Syriens Übergangspräsidenten Ahmed al-Scharaa in Riad bereiterklärt habe. Während des jahrelangen Bürgerkriegs unter Machthaber Baschar al-Assad hatten viele Länder Syrien mit Sanktionen belegt.

## Pressestimme

„Eines der größten Probleme der Wirtschaft ist der Fachkräftemangel – und was tut Deutschland? Lässt Jugendliche Warteschleifen drehen und kümmert sich kaum um die fast drei Millionen Ungelernten unter 35 Jahren. Insgesamt gibt es rund sechs Millionen unqualifizierte erwachsene Arbeitnehmer – Tendenz steigend. Das ist absurd. Das Rezept kann nur heißen: Qualifizierung, Qualifizierung, Qualifizierung.“

Das „Handelsblatt“ (Düsseldorf) zum Fachkräftemangel

Friedensverhandlungen

## Kallas: Putin traut sich nicht zu Treffen mit Selenskyj

Kopenhagen (dpa). Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas glaubt nicht, dass Russland an Friedensverhandlungen mit der Ukraine in der Türkei interessiert ist. „Sie bombardieren immer noch die Ukraine. Wenn sie an Frieden interessiert wären, könnten sie sofort damit aufhören“, sagte die Estin am Rande eines

Demokratie Gipfels in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen.

Russland spiele auf Zeit und habe bislang keinerlei Bemühungen hin zu Frieden gezeigt, kritisierte Kallas. Zu einem möglichen Friedensgespräch zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Kremlchef Wladimir Putin sagte sie später,

dass es ein guter Schritt sei, wenn sie sich tatsächlich zusammensetzen würden. „Aber ich glaube nicht, dass er sich traut, Putin“, fügte sie hinzu.

Die Ukraine hatte mit europäischer Rückendeckung ein Ultimatum für eine Waffenruhe gestellt, das jedoch verstrich. Als Reaktion hatte Putin direkte Verhandlungen

in Istanbul am Donnerstag vorgeschlagen. Selenskyj war auf das Angebot eingegangen und hatte angekündigt, in die Türkei zu reisen. Vom Kreml gibt es bisher keine Zusage für die Teilnahme Putins.

Sein Kommen zugesagt hat unterdessen US-Außenminister Marco Rubio. Das sagte der Republikaner bei seinem Besuch in Saudi-Arabien. Er gab sich optimistisch, dass bei den Gesprächen „sehr gute Ergebnisse“ erzielt werden könnten. Neben Rubio werden nach Angaben des Weißen Hauses auch die US-Sondergesandten Steve Witkoff und Keith Kellogg zu den möglichen ukrainisch-russischen Gesprächen reisen.